

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerschrift: Tagesblatt Riesa.
Genuss Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postfachkonto: Dresden 1538
Groszkasse Riesa Nr. 52.

Nr. 189.

Donnerstag, 14. August 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Abgabe und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige; geltraubter und tabellarischer Satz 50%. Ausschlag. Feste Tarife. Bemühter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfallen, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Austraggeber in Konkurs gerät. Zahlungen und Erfüllungsort: Riesa. Achtung! Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Besetzungseinrichtungen — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: L. W. H. Teichgraber, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Die handelspolitischen Erörterungen.

(Von unserem Berliner Vertreter.)
BPP. Die deutsche Delegation in London hat, um ihr Entgegenkommen gegenüber den handelspolitischen Wünschen Frankreichs zu beweisen, eine Reihe von Vorschlägen ausgearbeitet, die die Regelung der künftigen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und Frankreich betreffen. Die deutschen Vorschläge sind zwar noch nicht in ihren Einzelheiten bekannt, aber aus den Mitteilungen der offiziellen Kreise geht hervor, daß man deutscherseits geneigt ist, in einen Handelsvertrag für bestimmte französische Erzeugnisse völlige Zollfreiheit festzusetzen, während auf der anderen Seite auch für deutsche Waren zollfreie Einfuhr nach Frankreich zugesprochen werden soll. In den deutschen Wirtschaftskreisen ist man mit Rücksicht auf die augenblicklich sehr ernste Lage des deutschen Warenmarktes außerordentlich besorgt über den Ausgang der handelspolitischen Verhandlungen mit Frankreich, die für Anfang Oktober in Paris angefaßt worden sind. Man befürchtet, daß die berühmte Weidbegünstigungsklausel hauptsächlich für Elbschiffbringer gewährt zu einer Ueberschwemmung des deutschen Marktes mit französischen Erzeugnissen führen könnte. Daß diese Befürchtungen zum Teil völlig berechtigt sind, geht schon aus der Tatsache hervor, daß die französische Wirtschaft auf den Export nach Deutschland außerordentlich angewiesen ist und tatsächlich die Gefahr eines Ueberhandnehmens der Einfuhr französischer Waren besteht. Auf der anderen Seite werden von Seiten der maßgebenden Regierungskreise wichtige handelspolitische Gesichtspunkte geltend gemacht. Man erklärt, daß durch die Regelung der beiderseitigen handelspolitischen Beziehungen künftige ernsthafte wirtschaftliche Konflikte vermieden werden können, und daß in dem Austausch deutscher und französischer Erzeugnisse sogar sehr wichtige Momente für die deutschen Interessen gesehen sind. Bei den Verhandlungen mit den französischen Wirtschaftsachwerpunkten kommt es in der Hauptsache darauf an, daß man seine Aufmerksamkeit auf die nächsten Punkte der beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen lenkt und ein Abkommen zwischen den Wirtschaftskreisen selbst zum Abschluß bringt. Ohne Mithilfe der deutschen maßgebenden Wirtschaftskreise wird übrigens die Reichsregierung keinerlei Abmachungen mit Frankreich abschließen, und man wird die Beschließung aller technischen Einzelfragen zurückstellen, bis die deutsche Wirtschaft Gelegenheit hatte, sich mit den in Frage stehenden Problemen eingehender zu beschäftigen.

Im Vordergrund der wirtschaftlichen Erwägungen der französischen Regierung steht natürlich wieder einmal die Frage des Ausstoßes deutscher Rohle mit französischem Eisen. Dieses Problem war eigentlich in den früheren Jahren zuerst von deutscher industrieller Seite angeschnitten worden, und man erinnert sich sehr wohl an die Bemühungen, die die hervorragenden Vertreter der Ruhrindustrie, in erster Linie Hugo Stinnes, im Winter 1922 unternommen haben, um eine für Deutschland und Frankreich nützliche Vereinbarung zustande zu bringen und damit auch die Gefahr des Ruhrkonfliktes zu verhindern. Als Poincaré am 2. Januar in London weilte, war man sogar deutscherseits soweit gegangen, ihm den Vorschlag zu machen, durch persönliche Unterhandlungen mit den Vertretern der deutschen Wirtschaft dieses Problem zu regeln. Poincaré hat aber damals aus politischen Gründen abgelehnt, weil er den Plan der Ruhrbesetzung schon fertig hatte und befürchtete, daß die französischen Industriellen seine Haltung nicht billigen würden, weil ihnen vielmehr an friedlichen Vereinbarungen mit der deutschen Industrie gelegen machte als an der Ruhrfraktion, die den industriellen Interessen Frankreichs beinahe mehr geschadet als genützt hat. Als dann im Juni 1923 von wirtschaftlicher Seite die ersten Versuche unternommen worden waren, den Ruhrkonflikt durch beiderseitige Verhandlungen auf dem Wege eines Ausgleichs zu beenden, haben allerdings die französischen Industriellen außerordentlich weitgehende Forderungen gestellt, indem sie verlangten, bis zu 40 Prozent an den deutschen Bergwerksunternehmungen beteiligt zu werden. Diese Forderung war natürlich für Deutschland ganz unannehmbar, und es muß auch jetzt mit allem Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß eine Beteiligung des französischen Kapitals in einer solchen Höhe an den deutschen Bergwerksunternehmungen im Ruhrgebiet absolut nicht in Frage kommen kann. Im übrigen besteht aber die außerordentlich große Gefahr, daß der Ruhrbergbau angesichts der durch die Ricum-Verträge herbeigeführten furchtbaren Verarmung der Beiden gezwungen werden könnte, tatsächlich eine französische Kapitalbeteiligung anzunehmen, zumal die Geldknappheit beinahe die gesamte Produktion zu erwürgen droht. Die Franzosen suchen die augenblickliche Notlage des Ruhrbergbaues, die sie mit ihrem System der Ricumverträge künstlich herbeigeführt haben, kaufmännisch auszunutzen. Die Reichsregierung wird daher Sorge dafür tragen müssen, daß dieser Schachzug den Franzosen nicht gelingt. Die Abmachungen, die man über die handelspolitischen Beziehungen treffen kann, können sich mit diesem Problem überhaupt nicht befassen, sondern es wird Aufgabe der maßgebenden deutschen Wirtschaftskreise sein, darüber zu entscheiden, welche Abmachungen wirtschaftlicher Art für die deutsche Industrie tragbar sind.

Die Zollvorlage geht an den Reichstag.

Wie wir hören, hat der Reichsernährungsminister, Graf Rankh, es nunmehr durchgesetzt, daß nach der Annahme der Zollvorlage durch den Reichsrat das Gesetz über die landwirtschaftlichen Schutzölle dem Reichstag sofort unterbreitet wird. Die Verabschiedung soll nach Möglichkeit noch bei der jetzt herrschenden Fauna des Reichstages erfolgen.

Schwierigkeiten in den Londoner Verhandlungen.

Die Erpressung im Dreieck.

Die Londoner Schlichtung hatte ihren Höhepunkt erreicht. Immer leiser wird die vorläufige Siegesmusik, immer vorsichtiger werden die Prophezeiungen über den Endtermin der Konferenz und immer enger die Mitteilungen über die Klippen der Verhandlungen. Die einzige Genugtuung, die wir Deutschen empfinden können, beruht auf der Tatsache, daß alle die großen Siegermächte zusammen ihren Versuch nicht haben durchführen können, die Räumungsfrage auszuschalten. Das „offizielle“ Festhalten daran wirkt nur noch lächerlich. Aber von da an vergeht uns gleich das Lachen. Schon die anfängliche Geste Herrriots, als ob die militärische Räumung nicht gegen andere Forderungen ausgetauscht werden sollte, ist vollständig aufgegeben worden und einem Verhandlungssystem gewichen, das mit dem Wort „Erpressung“ kaum zu hart bezeichnet wird. Besonders ungünstig für die deutsche Delegation ist es, daß es Herrriot gelungen zu sein scheint, die Belgier, die zunächst für die militärische Räumung waren und überdies sich durch die französisch-deutschen Besprechungen zu Zweien zurückgesetzt fühlten, nun doch für die französische Auffassung zu gewinnen. Am Mittwoch haben die Verhandlungen im „Dreieck“ begonnen, und man hat, wenn die bisherigen Berichte nicht täuschen, ganz ungenügend zugleich mit der Räumungsfrage nicht nur die Militärkontrolle, sondern auch die Sachlieferungen und die Handelsbeziehungen auf die Tagesordnung gesetzt.

Was nützt es demgegenüber uns Deutschen, daß ein Blatt wie die „Times“ noch einmal ganz unabweislich den allein möglichen Rechtsstandpunkt vertritt? Es beherrscht es da, nicht mehr der geringste Anlaß, die militärische Besetzung in irgend einer Form aufrecht zu erhalten; denn der Dawes-Bericht bedeutet den vollkommenen Bruch mit der Ruhrpolitik. Das ist vollkommen richtig, aber was hilft es uns, wenn zugleich Herrriot erklärt, er könne sich ohne Konzeption für die Räumung nicht im Amt halten, und wenn die Belgier ihn dabei unterstützen? Einen sehr bösen Dienst hat den deutschen Unterhändlern der amerikanische Präsident Coolidge erwiesen, als er wegen des Schuldenerlasses abzwinkte und dadurch auch nachher zu einem Zurückgeber veranlaßt. Hätte Herrriot in diesem Punkte einen Erfolg aus London mitbringen können, dann wäre er vielleicht in anderen Fragen nachgiebiger gewesen. So aber bringt es die Rücksicht auf die amerikanischen Wahlen mit sich, daß alle Riemen, die Herrriot zur Befestigung seiner Stellung braucht, aus der Haut der Deutschen geschnitten werden sollen. Man braucht an den guten Absichten des französischen Ministerpräsidenten nicht zu zweifeln und muß doch erklären, daß seine Taktik allgemach eine erstefferrische geworden ist. Er sollte den ihm treibenden Wirtschaftskreisen klar machen, daß, wenn der überspannte Bogen bricht, nicht nur der Franken, sondern auch Frankreich zu Boden fällt!

London. (Funkdruck.) „Daily Telegraph“ spricht von einem ersten Stillstand der Londoner Verhandlungen und von einer Gefährdung des Erfolges der Konferenz, wenn ein Kompromiß nicht erzielt werden könne. Thunis werde vielleicht die notwendige Formel finden. Von vielen Seiten wird auch die Intervention MacDonalds und der amerikanischen Delegation erwartet. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt: die Hauptschwierigkeit sei zweifellos durch Herrriots Empfindlichkeit gegenüber der Kritik seiner politischen Gegner im Innern entstanden und weil er keinen wirklichen Plan für die Räumung vorbereitet habe. Selbst wenn eine Höchstbesetzungsperiode von einem Jahre aufrechterhalten würde, hätte den Deutschen möglicherweise eine geschäftsmäßige Gelegenheit gegeben werden müssen, das Ruhrgebiet zu einem früheren Zeitpunkt, zum Beispiel 10. Januar 1925, wenn die britische Besetzung beendet ist, oder im April 1925 befreien. Die Aussichten auf ein Uebereinkommen auf der heute vormittag 10 Uhr stattfindenden Sitzung seien keineswegs hoffnungsvoll, sobald die britischen und amerikanischen Vermittler keine Zeit verlieren dürften, um eine Kompromißformel vorzubereiten.

Die gestrigen Tagungen.

Die offiziellen Verhandlungen zwischen den deutschen, französischen und belgischen Delegationen haben gestern vormittag 11 Uhr begonnen und sind gegen 2 Uhr auf 6 Uhr nachmittags vertagt worden. Deutscherseits nahmen daran Reichskanzler Marx, Außenminister Dr. Stresemann, Finanzminister Dr. Luther teil.

Die gestrige Nachmittagsitzung hat bis 8 Uhr abends gedauert. Sie hat zu keinem Ergebnis geführt. Die Deutschen haben, wie der diplomatische Vertreter der Dawes-Agentur mitteilt, die Räumung des Ruhrgebietes für den 1. Januar 1925 oder spätestens im April 1925 gefordert. Die französischen und belgischen Vertreter erklärten darauf, daß die Räumung der Ruhr erst nach Ablauf eines Jahres, das heißt, am 1. November 1925 erfolgen könne, wenn Deutschland in der gleichen Zeit die im Sachverständigen-Gutachten aufgeführten Reparationsverpflichtungen erfüllt habe. Reichskanzler Marx erbat sich darauf Verzeihung bis heute früh, um sich mit den in Berlin verbliebenen Rabinetsmitgliedern über die Situation zu verständigen.

Seute früh gegen 9 Uhr wird der Kanzler seine endgültige Antwort erteilen.

Nach der französisch-belgischen Besprechung mit der Deutschen lehnte Herrriot es ab, den Pressevertretern irgendwelche Erklärungen abzugeben. Er sagte lediglich: Wir haben heute abend zu keinem Resultat kommen können und werden morgen früh wieder anfangen. Thunis äußerte sich ziemlich pessimistisch und erklärte, er sei äußerst betrübt, feststellen zu müssen, daß die Dinge keinen glatten Verlauf nehmen.

Die für nachmittag anberaumte Sitzung des Rates der Vierzehn ist abgefallen. Um 3 Uhr empfing Reichskanzler Marx die ausländischen Pressevertreter. — Reuter erzählt aus britischen Kreisen, daß der Rat der Vierzehn, der nicht, wie vereinbart, nachmittags zusammentrat, weiterhin auf den Bericht des dritten Komitees bezüglich des Schiedspruches zwischen dem Uebertragungs-ausschuß und der deutschen Regierung wartet. Ein weiterer Grund für den Nichtzusammentritt des Rates der Vierzehn sei wahrscheinlich die Tatsache, daß keine Vereinbarung vormittags zwischen den deutschen, französischen und belgischen Delegierten über die Frage der militärischen Räumung erzielt wurde.

Die deutsch-französischen Auseinandersetzungen.

Ueber die Auffassung der Lage in Berliner Kreisen wird uns folgendes mitgeteilt:
Mit der Erledigung der Transfer-Frage hat die Londoner Konferenz ihren hauptsächlichsten Verhandlungsstoff erschöpft, und es kommt nunmehr in der Hauptsache einzig und allein auf die Lösung des militärischen Räumungsproblems an. Die Auseinandersetzungen zwischen den deutschen Staatsmännern und den französischen Hauptdelegierten haben jetzt ihren Höhepunkt erreicht. Es ist zwar gelungen, eine Reihe ernsthafter Gegenstände zu überwinden, aber trotzdem bestehen noch einige Schwierigkeiten, die eine Einigung über die militärische Räumungsfrage kaum vor Freitag in Aussicht stellen. Das letzte Ende ein Abkommen zwischen Deutschland, Frankreich und Belgien erzielt werden wird, steht außer Zweifel, da man bereits im Prinzip über die Grundlagen der militärischen Räumung einig ist. Im Berliner Auswärtigen Amt spricht man die Auffassung aus, daß es notwendig sein wird, die wirtschaftlichen Verhandlungen mit der französischen Delegation vollständig abzutrennen und sie nach Möglichkeit zurückzuziehen, da sich leistungsfähige Erörterungen notwendig machen. Wenn es gelingt, die militärische Räumungsfrage so zu regeln, daß die Durchführung des Sachverständigen-Gutachtens gesichert ist, würde man deutscherseits ohne weiteres die Voraussetzungen für die Lösung der Wirtschaftsprobleme finden können.

Die Abmachungen zwischen den beteiligten Regierungen über die militärische Räumungsfrage sollen in einem Abkommen niedergelegt werden, das von den Parlamenten Deutschlands, Frankreichs und Belgiens ratifiziert werden muß. Die Unterzeichnung des Abkommens, die wahrscheinlich am Freitag erfolgen wird, würde französischerseits wahrscheinlich mit dem Vorbehalt geschehen, daß die wirtschaftlichen Verhandlungen zu einem beiderseitigen Einvernehmen führen.

Ein wichtiges Zugeständnis an Frankreich.

Die deutsche Delegation hat am Dienstag bei den Verhandlungen der Londoner Konferenz einen Vorschlag der französischen Delegation angenommen, wonach die Kohlen- und Kokslieferungen an Frankreich über das Jahr 1930 hinaus weiter gesichert werden sollen. Es handelt sich hierbei, wie nicht übersehen werden darf, um ein außerordentlich wichtiges Zugeständnis der deutschen Regierung. Wenn man sich deutscherseits dazu entschließen konnte, sich mit einer solchen Lösung einverstanden zu erklären, so ging dabei die deutsche Delegation von dem Standpunkte aus, daß nunmehr auch sofort das System der Ricumverträge befristet werden muß. Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, hat sich die französische Regierung insofern festlegen müssen, als die Ricumverträge sofort nach Inkrafttreten des Dawes-Gutachtens vollständig befristet werden.

Beforgnisse in den deutschen Wirtschaftskreisen.

In den deutschen Wirtschaftskreisen ist infolge der gegenwärtigen deutsch-französischen Verhandlungen über die Frage der künftigen Handelsbeziehungen eine lebhaftere Benurubigung entstanden. Man befürchtet, daß die Reichsregierung sich unter dem Druck der französischen Wollit dazu verleiten lassen könnte, wirtschaftliche Zugeständnisse an Frankreich zu machen, die die Interessen der deutschen Industrie schwer gefährden. Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, hat der Reichsverband der deutschen Industrie bereits eine maßgebende Persönlichkeit nach London entsandt, um mit der deutschen Delegation unersichtlich in Fühlung zu treten. Von Seiten der Berliner Regierungsstellen wird in Aussicht gestellt, daß Reichsfinanzminister Dr. Luther alsbald nach seiner Rückkehr aus London dem Reichsverband der Deutschen Industrie in einer öffentlichen Sitzung eingehende Mitteilungen über den Verlauf der Verhandlungen mit Frankreich unterbreiten wird.